

Harte Zeiten: Briten droht Gefängnis, wenn sie Strom zur falschen Zeit nutzen

geschrieben von Andreas Demmig | 5. Oktober 2023

Stopthesethings

Der „Übergang“ von Wind und Sonne endet immer in einem dystopischen Albtraum, aber die Briten leben ihn bereits. Der Strom wird routinemäßig rationiert, wenn der Wind nachlässt, und perverserweise – werden Haushalte dazu ermutigt, Strom zu verbrauchen, wenn die Windgeschwindigkeit zunimmt.

Der direkte Weg: Vom Energiemangel zur Misere

geschrieben von Admin | 5. Oktober 2023

Rationiert statt Angebots- orientiert

Frank Hennig

Auf jede Kilowattstunde kommt es an, sagt der Klimaminister. Und damit auf jeden Kilometer, der nicht mit dem E-Mobil zurückgelegt wird. Trotzdem gibt es Subventionen für den Kauf eines solchen. Subventionen wird es auch für eine Strompreisbremse geben, weil immer weniger Strom immer teurer wird. Das ist – vorsichtig ausgedrückt – in sich nicht ganz konsistent.

Gesellschaften, die unter Energiemangel leiden, sind arme Gesellschaften. Ein „Wohlstand des Weniger“ wird als Ziel ausgegeben. Es wird kein Wohlstand mehr sein, sondern etwas staatlich zugestandene Wohlfahrt.

Das angestrebte klimaneutrale Energiesystem der Zukunft wird nicht mehr jeden Kundenwunsch befriedigen können. Die Schwächen der Zufallsenergiebereitstellung machen eine Versorgung im herkömmlichen Sinn unmöglich. Deshalb soll stärker die Verbraucherseite einbezogen werden. Dem Demand-Site-Management (DSM) wird immer mehr Potenzial zugeschrieben, je mehr sich dieses auf der Erzeugerseite verringert.

Die Grünen lassen schon länger einen Blick in die Zukunft zu, indem sie

den Begriff der „angebotsorientierten Versorgung“ prägten. Sylvia Kotting-Uhl, ehemalige Bundestagsabgeordnete, Spezialistin für Kunstgeschichte und alternatives Leben und vom echten Leben eher nicht betroffen, war wohl die erste, die es im Bundestag deutlich aussprach. Der Anspruch der Kunden, zu jeder Zeit jede beliebige Menge an Energie benutzen zu können, ist aus ihrer Sicht von gestern. Denkt man sich dies in Ruhe zu Ende, dann sieht die Zukunft weder rosig noch grün noch ökologisch aus. Es ist der Startschuss für die Industrie, endlich abzuwandern. Verbrämt wird das Ganze als „Wohlstand des Weniger“ verkauft, als Fortschritt durch Rückschritt. Wie in Drittweltländern würden den Verbrauchern Kontingente an Energie zugewiesen, Zeiten und Mengen wären variabel.

Nachdem der damalige Wirtschaftsminister Altmaier Ende 2020 einen Gesetzentwurf zur Spitzenglättung vorgelegt hatte, musste er ihn auf Grund des Drucks von mehreren Seiten wieder zurückziehen. Die Netzbetreiber wollten mehr Verbraucher abregeln, die E-Auto-Branche befürchtete eine dadurch verursachte Kaufzurückhaltung. Nach zwei weiteren Jahren, in denen auf der Erzeugerseite weiter abgeschaltet wurde, die Zahl der E-Mobile aber wuchs, drängt das Problem die Netzbetreiber heute umso mehr.

Nun liegt ein neues Eckpunktepapier der Bundesnetzagentur vor, das zunächst die Konsultationen einleiten soll. Die größeren Bezugsmengen von E-Mobil-Ladestationen und Wärmepumpen bei höherer Gleichzeitigkeit wären „große Herausforderungen“ für die Verteilnetze. In dem Eckpunktepapier geht es zunächst um Definitionen, damit alle Beteiligten wissen, wovon sie reden.

Andere Länder sind weiter

Keineswegs traf nur Deutschland falsche energiestrategische Entscheidungen. Großbritannien fuhr schon zu Thatchers Zeiten die Nutzung heimischer Kohle zurück und verließ sich zunächst auf eigenes Erdgas in der Nordsee. Als die Erdgasquellen versiegten, begann man sich für die Offshore-Windkraft zu begeistern, baute umfänglich aus und hoffte, damit Versorgungssicherheit zu niedrigen Preisen zu schaffen. Unter dem Eindruck stark gestiegener Gaspreise und mehrtägiger Flauten auf See werden nun Kohlekraftwerke wieder reaktiviert. Langfristig will man nuklear expandieren, um das Ziel der Emissionsfreiheit bis 2050 zu erreichen. 24 Gigawatt Kernkraftwerksleistung sollen entstehen, bis 2030 sollen acht neue Reaktoren genehmigt werden.

Das hilft aber heute noch nicht. Deshalb legte die Regierung bereits Mitte 2021 ein Konsultationspapier zum „Electric Vehicle Smart Charging“ vor. Neue private und betriebliche Ladestationen werden zwischen 8 und 11 sowie 16 und 22 Uhr automatisch abgeschaltet.

Auch die Schweiz sorgt sich um die Versorgungssicherheit der nächsten Jahre. Obwohl sie gut mit Kern- und Wasserkraft ausgestattet ist, steht

sie als Drehscheibe im europäischen Netz unter besonderen Herausforderungen. Mittels 41 grenzüberschreitenden Leitungen ist sie eng wie kein anderes Land mit den Nachbarn verbunden und entsprechend stark vom ausländischen Geschehen abhängig. Der traditionelle Dauer-Importeur Italien zieht den Strom nach Süden ab, während die bisherigen Transitstrommengen aus Frankreich und Deutschland dorthin abnehmen und vermutlich ganz entfallen werden. Daneben wartet im Osten mit Österreich ein unsicherer Kantonist mit einigen Unwägbarkeiten auf, auch wenn das Kohlekraftwerk in Mellach bei Graz wieder reaktiviert werden soll.

Zudem gibt es Streit über das EU-Marktzugangsabkommen, die Verhandlungen darüber wurden Mitte 2022 ergebnislos abgebrochen. Damit fehlt den Eidgenossen der Zugang zu relevanten Informationen des Stromhandels, die auch für die Netzsicherheit wichtig sind.

Deshalb wird derzeit ein Verordnungsentwurf diskutiert („Verordnung über Beschränkungen und Verbote der Verwendung elektrischer Energie“), der die Lage im kommenden Winter entspannen soll. Vier Eskalationsstufen können aufgerufen werden, die dann zum Beispiel Maschinenwäschen über 40 Grad, die Benutzung von Wäschetrocknern und die Benutzung von E-Mobilen für nicht zwingende Fahrten verbieten.

In Österreich trifft man Vorsorge, falls der Strom ganz wegbleibt. Ein Konzept zur Lebensmittelversorgung im Falle eines Blackouts wurde erarbeitet, wonach am zweiten Tag des Ausfalls in Supermärkten vorbereitete Lebensmittel-Pakete und Getränke ausgegeben werden, ab dem dritten Tag nur noch ein Trockensortiment vorgehalten wird sowie diverse Drogerieartikel. Das alles natürlich nur gegen Bares. Gemeinden sollen bereits Briefe an die Haushalte verschickt haben mit Angaben, wo sich die Einwohner 24 Stunden nach Eintritt des Blackouts einfinden können, in öffentlichen Gebäuden wie Schulen, wo sie sich aufwärmen können, Verpflegung und vielleicht Informationen erhalten.

Wie lange der Aufbau einer Lebensmittel-Notversorgung in Deutschland dauern würde, ist unklar. Zunächst würde man eine Task-Force gründen, dann eine/n Bundesbeauftragte/n (m/w/d) einsetzen und am Ende würde man sich um die Anteile der Essenspakete in der Typisierung Vollkost / . . . / vegan streiten. Es würde vermutlich sehr lange dauern, aber niemand kommt auf die Idee, damit wenigstens anzufangen. Wenn es zu spät wäre, würde es wieder heißen: „Wir werden einander viel verzeihen müssen“ (© Jens Spahn).

In Fragen der Katastrophenvorsorge ist Deutschland jedenfalls kein Vorreiter, die Leute im Ahrtal mussten es bitter erfahren. Ein „Bundeswarntag“, an dem eine öffentliche Alarmierung 2020 getestet werden sollte, schlug fehl. Eine Wiederholung im Jahr 2021 wurde abgesagt, man sei noch nicht soweit, das erste Quartal 2022 wurde Zieltermin. Nun fand der Test am 8. Dezember statt, wohl halbwegs erfolgreich. Allerdings ohne den Sirenentest in Berlin, dort sei man noch nicht soweit und brauche noch ein bis zwei Jahre.

Demand-Site-Management statt Sperrzeiten

Blackouts sollen durch das DSM vermieden werden. Bei uns gibt es dies schon sehr lange, wurde aber kaum wahrgenommen. Es diente bisher eher der Belastungsoptimierung aus Kostensicht und war nicht dem Mangel geschuldet. Nachtspeicherheizungen und Wärmepumpen werden nicht durchgängig mit Strom versorgt. Die sogenannten Sperrzeiten, zu denen im Tagesverlauf die Last besonders hoch ist, sind seit zig Jahren Bestandteil der Verträge und in fixen Uhrzeiten festgelegt.

Dafür ist dann der Heiz- oder Wärmepumpenstrom billiger. Die Anschlussleistungen der Wärmepumpen betragen meist drei bis sechs Kilowatt (kW). Die üblichen häuslichen Ladestationen für E-Mobile langen da mit 11 oder 22 kW schon kräftiger zu. Bisher werden die Ladezeiten nicht durch Abschaltzeiten unterbrochen, diese Einschränkungen sind aber längerfristig zwingend. Bisher ist die Zahl der E-Mobile noch vergleichsweise gering, aber der Gleichzeitigkeitsfaktor ist sehr hoch. Zur Feierabendzeit stöpseln tausende E-Fahrer ihr Gefährt an, weil sie am nächsten Tag wieder fahren wollen. Sicher ist es nicht so, dass jeder sofort laden müsste, mancher könnte es später tun oder die Restkapazität noch für den Folgetag ausnutzen.

Die meisten werden trotzdem sofort laden wollen, das hat zwei Gründe: Die deutschen sind ängstliche Menschen. German Angst heißt auch German Reichweitenangst, die im ökostromarmen Winter umso größer ist. Zweitens kann eine ungeplante Fahrt am Abend oder nachts erforderlich werden. Man besitzt ein Auto nicht, um ständig zu fahren, sondern um bei Bedarf jederzeit fahren zu können. Das ist ein wichtiger Teil der persönlichen Freiheit, die uns ein Auto als Träger individuellen Verkehrs bietet.

Werden Ladesäulen wie die Wärmepumpen zeitweise aus Gründen der Netzbelastung abgeschaltet, mindert das natürlich die wichtige Gebrauchseigenschaft eines Autos – die Verfügbarkeit. Nachdem der Vorteil des preiswerteren Stroms gegenüber Benzin oder Diesel zumindest beim öffentlichen Laden schon entfallen ist, zieht auch der Haushaltsstrompreis zügig an. Wenn dann noch die Fahrbereitschaft des Stromers durch begrenzte Ladezeiten sinkt, entfällt ein wichtiger Vorteil des Gerätes.

Ein sehr wirksames Instrument des DSM hat die Bundesregierung den Netzbetreibern unterdessen aus der Hand genommen. Über die sogenannte Abschaltverordnung (AblaV) standen sofort- oder schnell abschaltbare (innerhalb von 15 Minuten) Lasten vertraglich abgesichert bereit, das Netz kurzfristig zu entlasten und damit zu stabilisieren. Das betraf insgesamt 21 Unternehmen mit immerhin 2.500 Megawatt Last. Die EU erkannte in dieser Regel allerdings eine Wettbewerbsverzerrung, sodass die Verordnung auslief, ohne dass eine alternative Regelung geschaffen wurde. Vielleicht lenkte auch die Suche nach einem Hoffotografen für den Minister etwas ab.

Gehorsam gegenüber Brüssel ist ein Kennzeichen deutscher Politik. Bleibt abzuwarten, wie künftig drohende kaskadierende Abschaltungen in der Fläche den Wettbewerb verzerren.

Noch eine „Plattform“

Viele Wissenschaftler, Fachleute, Praktiker oder einfach mitdenkende Menschen wiesen in den vergangenen Jahren immer wieder auf die Notwendigkeit sicherer wind- und tageszeitunabhängiger Stromproduktion hin. Auf dem Weg in die Bundesministerien wurde der Ruf wohl von Windkraftanlagen verweht. Laut Habeck gäbe es kein Stromproblem. Nun legt ein „breites Bündnis“ Handlungsempfehlungen für eine Reform des Strommarktes vor. Man kann nur fröhlich „Guten Morgen“ sagen. Seit fast 20 Jahren schaltet man ab, verteuert und verbietet – und beginnt jetzt, sich über den Ersatz Gedanken zu machen.

„Anlagen, die bedarfsgerecht Strom liefern, ... werden zunehmend zur kommenden Leitwährung im Strommarkt“, heißt es in der Empfehlung. Eine „Plattform Klimaneutrales Stromsystem“ soll 2023 die Arbeit aufnehmen, auch ist die Rede von Speichern. Nochmals „Guten Morgen“.

Die Verfasser sind genau jene, die permanent das Mantra vom „immer mehr“ an Wind- und Sonnenstrom bedienen. Der vergrünte Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) wie auch der Verband der Maschinen- und Anlagenbauer (VDMA), der vom angeheizten Windkraftausbau profitierte.

Der Strommarkt müsse nach den Bedürfnissen der „Erneuerbaren“ ausgerichtet werden, so Simone Peter (Grüne) vom Bundesverband Erneuerbare Energien (BEE).

Auch Stefan Kapferer vom Übertragungsnetzbetreiber 50Hertz äußert sich. Für den immer geringer werdenden Anteil der gesicherten Leistung müsse ein marktlicher Rahmen gefunden werden. Sein Vorgänger Boris Schucht hatte in einem Interview noch 2016 erklärt, 80 Prozent Erneuerbare im Netz seien „kein Problem“. Um dann noch hinzuzufügen:

„Es gibt einige Mythen in der Energiewirtschaft. Einer davon ist die Vorstellung, man brauche bei der Integration erneuerbarer Energien sofort mehr Flexibilität im System. Also Speicher oder abschaltbare Lasten oder Backup-Kraftwerke. Das ist ein Mythos. Wir haben viel mehr Flexibilität im System, als wir benötigen.“

Nun gut, das ist sechs Jahre her, wir haben im Netz aber „nur“ etwa 50 Prozent regenerativen Strom im Jahresdurchschnitt. Warum bedarf es jetzt einer Plattform? War das nicht absehbar? Ein gutes Beispiel dafür, dass Manager managen, was nichts mit überbordendem Sachverstand zu tun haben muss.

Die Situation ist vor allem die Folge der Tatsache, dass der Energiewende kein Masterplan zugrunde liegt und dass man sich nicht an

eigene Vorgaben hielt. Die Kanzlerin begründete die Machbarkeit des Atomausstiegs 2011 im Bundestag auch damit, dass hochmoderne Kohlekraftwerke als Ersatz gebaut würden. Nach meiner Kenntnis waren es ganze drei, von denen eines (Moorburg) schon wieder Geschichte ist. Die schnell gewachsene Klimaangst nach 2011 führte zur Schwächung des Backups. Statt neue Kohlekraftwerke zu bauen, wurden bestehende abgeschaltet, zusätzlich zu den Kernkraftwerken.

Der Atomausstieg sollte auch vom Netzausbau begleitet und abgesichert werden, sodass 2022 mit dem Abschalten des letzten KKW die großen Nord-Süd-Leitungen in Betrieb gehen sollten. Nun spricht man von 2028. Abgeschaltet wird trotzdem.

So schafft man selbst Probleme, schiebt die Schuld an der selbst organisierten Mangelwirtschaft dann aber Putin zu, nachdem man sich bewusst von ihm anhängig gemacht hat. Eigene Fehler gesteht man prinzipiell nicht ein.

Klimagerechte Unterdeckung

Zu erwarten ist, dass die „Plattform Klimaneutrales Stromsystem“ eine alte Forderung neu erheben wird: Wir bräuchten mehr Wind- und Sonnenstrom. Das wird zunehmend durch Verknappung von Rohstoffen, Material, Fachkräften und vor allem steigenden Preisen schwierig werden. Gegen die hohen Kosten gibt es schon eine ministerielle Idee, nämlich Staatsbürgschaften. Nach Zuschlag in den Ausschreibungsverfahren müssen die Windkraftanlagen innerhalb von 20 Monaten errichtet werden, allerdings ist für die Investoren nicht mehr kalkulierbar, wie sich die Preise bis dahin entwickeln. Mit einer Staatsbürgschaft im Rücken könnten sie drauflos bauen. Sollte es sich am Ende nicht rechnen, springt der Steuerzahler ein. Wenn Steuergeld fehlt, wird Herr Lindner losgeschickt. In seinem Reichsluftfahrtministerium, einem wirklich großen Gebäude, wird sich in einer der Besenkammern schon noch ein Sondervermögen finden lassen.

Unterdessen wird bei Vestas gestreikt, Windkraftanlagen werden von den Arbeitnehmern eben nicht ehrenamtlich zusammengeschaubt. Arbeitnehmerinteressen sind der grünen Bourgeoisie allerdings wurscht. Sie hat mit der Armut anderer generell kein Problem.

Am 7. Dezember zeigte die Hinweis-App „StromGedacht“ vom baden-württembergischen Netzbetreiber EnBW erstmalig durch ein rotes Signal an, dass in der Stunde von 14 bis 15 Uhr mit einer Unterdeckung zu rechnen sei, erhöhter Verbrauch sollte möglichst vorgezogen oder vermieden werden. In Frankreich gibt es mit „ecowatt“ bereits ein ähnliches System, allerdings für das ganze Land. Beide Systeme machen Sinn und werden unstrittig im kommenden Winter noch öfters zum Einsatz kommen. Willkommen in der Zukunft.

Die Regierung verordnet uns eine Energiediät zugunsten des „Klimas“, was aber angesichts falscher Maßnahmen der Atmosphäre nicht hilft. Ob sie

überhaupt Hilfe braucht, ist ein anderes Thema für sich.

Über mehrere Hunderttausend Jahre haben sich Menschen an veränderte natürliche und gesellschaftliche Veränderungen angepasst, nur dies sicherte den Erhalt der Art. Wir werden uns auch an den Energiemangel anpassen und gewöhnen. Das Lebensniveau wird aber ein ganz anderes sein. Energiemangelgesellschaften sind arme Gesellschaften. Das war im Mittelalter die Norm. Es gibt Schwellenländer, die sich entwickeln und zu Industrieländern mit höherem Lebensstandard wandeln. Eine Bezeichnung für Länder, die die Schwelle rückwärts überschreiten, gibt es noch nicht.

Zu sehen ist ein Tunnel am Ende des Lichts. Wie lang er sein wird, ist noch unbekannt.

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier

Stromversorgung: Alarmstufe rot in Baden-Württemberg – Bürger aufgefordert Energie zu sparen

geschrieben von Admin | 5. Oktober 2023

Alarmstufe rot in Baden-Württemberg, meldete der Netzbetreiber TransnetBW. Strom wird so knapp, dass sogar Verbraucher zum Sparen aufgerufen wurden und Herde, Waschmaschinen und Backöfen ausschalten sollten.

Von Holger Douglas

Zum ersten Mal hat mit TransnetBW einer der Übertragungsnetzbetreiber eine angespannte Situation im Stromnetz angekündigt, wie im TE Wecker gemeldet. Über eine App von TransnetBW wurden die Verbraucher darüber informiert, dass der verfügbare Strom in den Netzen nicht mehr ausreicht.

Am Mittwoch dem 7.12.22 0:00 Uhr sprang in der App erstmals die Warnung von grün auf gelb. Dies bedeutet »Verbrauch vorverlegen«. Also elektrische Haushaltsgeräte früher benutzen, Kaffee machen, Kuchen backen und Mittagessen kochen vorziehen, denn ob zur Mittagszeit noch genügend Strom für das Schnitzel mit Spätzle vorhanden sein würde, war unklar.

Ab 14:00 Uhr sprang die App auf rot. Soll bedeuten: »Die Situation im Stromnetz ist angespannt. Reduziere jetzt den Stromverbrauch, um mitzuhelfen, das Stromnetz stabil zu halten.« Bis 15:00 Uhr waren die Baden-Württemberger aufgefordert, Strom zu sparen.

Anzeige

Drastischer kann kaum deutlich werden, dass in Baden-Württemberg Kraftwerke fehlen. Der grüne Ministerpräsident Kretschmann hatte bestehende Kohle- und Kernkraftwerke stilllegen lassen. Es konnte ihm nicht schnell genug gehen, das Kernkraftwerk Philippsburg nach dem Abschalten unbrauchbar zu machen, in dem er die Kühltürme sprengen ließ, damit der Ausstiegsbeschluss nicht rückgängig gemacht werden konnte.

Sämtliche vorhandenen Reservekraftwerke wurden von den Übertragungsnetzbetreibern aufgefordert, Strom zu liefern.

Der Offenbarungseid: Die abgeschalteten Kernkraftwerke fehlen, ebenso wie weitere Reservekraftwerke, um die hohe Strom-Nachfrage zu bedienen. Aus der Schweiz werden hohe Strommengen importiert. Nur dort wird er auch knapp ebenso wie in Frankreich. Baden-Württemberg war früher Stromexportland und lieferte vor allem im Winter Strom nach Frankreich. Das ist vorbei, jetzt muss das Land um Strom betteln und teuer bezahlen.

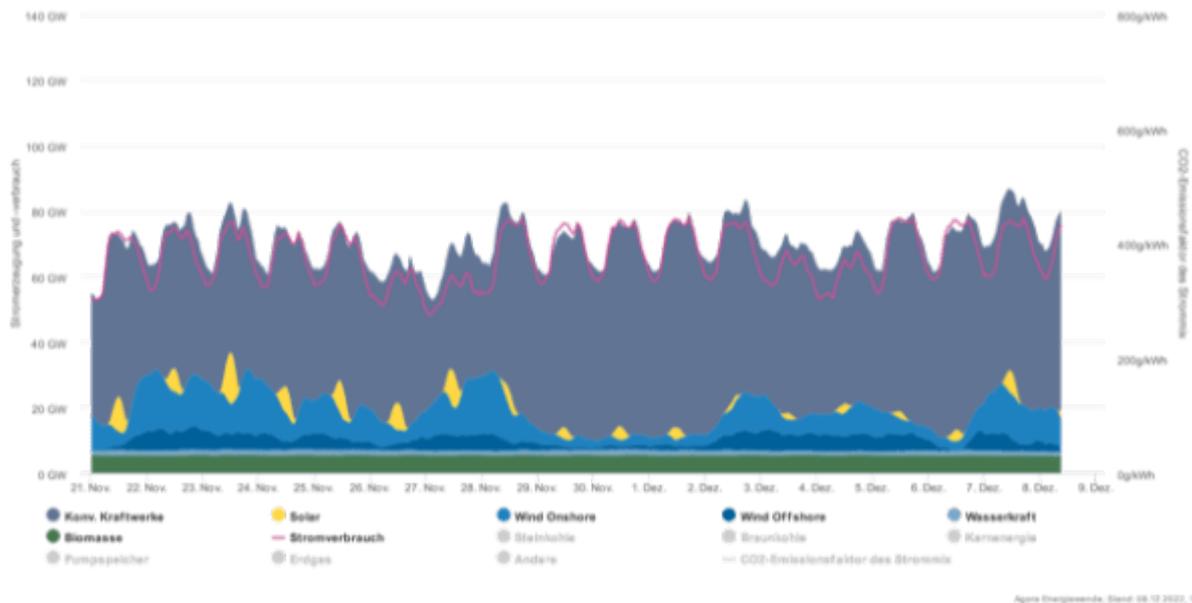
Von einer angespannten Situation sprach TransnetBW. Offizielle Begründung laut TransnetBW-Sprecherin: unzureichende Transportkapazitäten im Stromnetz. Es hätte zu wenig Strom von den Windrädern aus Norddeutschland nach Süddeutschland geführt werden können.

Doch die Windräder dort stehen auch seit Tagen weitgehend still, eine weitere Stromtrasse hätte nichts transportieren können. Der Wind frischte gestern an der Küste etwas auf, die Windräder lieferten kurzzeitig um 12:00 Uhr knapp 14 GW, Deutschland benötigte um 12:00 Uhr 75,5 GW.

Doch in den vergangenen Wochen sieht es beim Energiewendewetter mau aus, sehr mau sogar. Von der Sonne kommt nichts, die Photovoltaik-Anlagen liefern praktisch nichts. Wenn die demnächst mit Schnee bedeckt sind, erst recht nichts.

Die rund 30.000 Windräder stehen weiterhin meist still, gestern Mittag lieferten die millionenteuren Apparate lächerliche 2 GW an Leistung. Um 12 Uhr benötigte Deutschland 77 GW Leistung, die kamen von Kohle- und Kernkraftwerken.

Die Grafik, die Stromerzeugung und Verbrauch anzeigt, sprechen Bände. Dramatisch klafft die Lücke zwischen Erzeugung von Windrädern und Photovoltaik sowie Verbrauch, der mit der roten Linie dargestellt ist.



Quelle: Agora-Energiewende

Ab Januar sind neue Photovoltaik-Anlagen von der Umsatzsteuer befreit, eine neue Anlage kann gekauft werden ohne Umsatzsteuer. Wenn sie schon keine Leistung liefern, dann soll wenigstens der Kauf schmackhaft gemacht werden.

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier

Ein Tag im November – woher der Strom kommt und wie viel CO2 emittiert wird

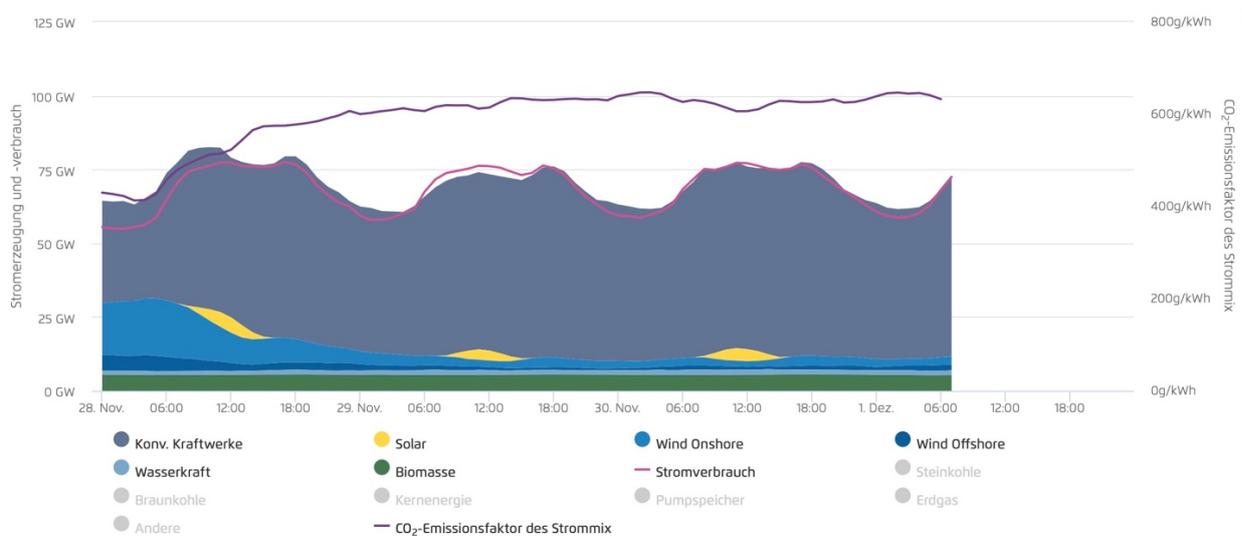
geschrieben von Admin | 5. Oktober 2023

Grau und kalt – statt bunt

von Frank Hennig

Ein paar Tage im November in Deutschland, genauer gesagt sogar die letzten. Wir zeigen der Welt, wie man ein ehemals bestens funktionsfähiges, preis- und umweltfreundliches Energiesystem nicht umgestalten oder, treffender gesagt, nicht demolieren sollte.

Stromerzeugung und Stromverbrauch



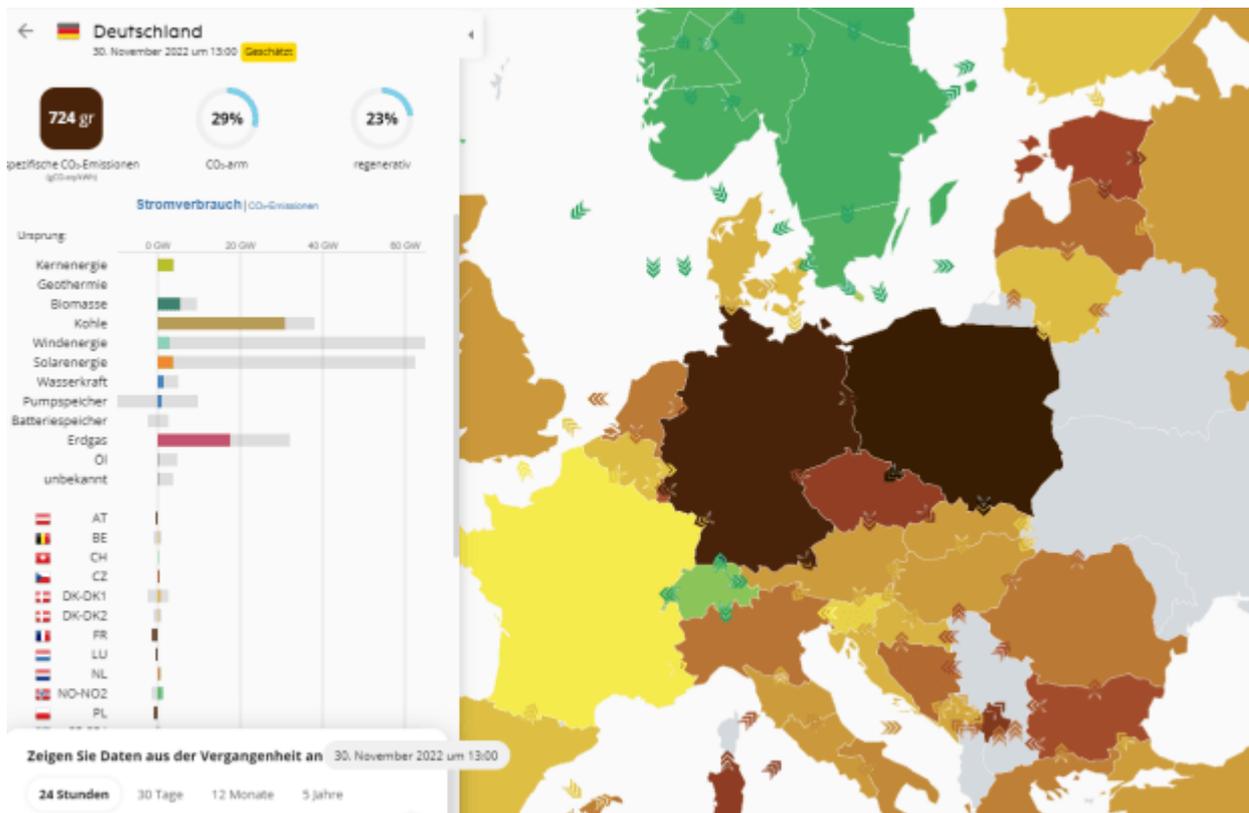
Stromerzeugung und Verbrauch vom 28.11.22 bis 1.12.22 Quelle AGORAMETER Energiewende

Der Winter klopft an die Tür. Die Temperaturen sind am Fallen. An der Neiße wird die Frostgrenze erreicht, aber auch weiter westlich zeigen die Thermometer deutlich einstellige Zahlen. Jedes Grad unter null wird den Strombedarf um ein bis zwei Gigawatt (GW) steigern. Um 11 Uhr 30 laufen alle verfügbaren Kohle- und Kernkraftwerke, Pumpspeicherwerke helfen mit 300 Megawatt aus talwärts fließendem Wasser.

Der diesige Himmel und die tiefstehende Sonne lassen nur 4 GW Solarstrom entstehen (bei 62,5 GW installierter Anlagenleistung), der leichte Ostwind wandelt über müde Rotoren weniger als 3 GW Strom um (bei 65 GW installierter Leistung), ein weiteres Gigawatt schicken uns freundlicherweise die Nachbarn – bei einem Börsenstrompreis von 482 Euro pro Megawattstunde (MWh), also 48,2 Cent pro Kilowattstunde. Entscheidend sind heute vor allem 18,8 GW Strom aus Gaskraftwerken, also aus der Verstromung teuren und knappen Erdgases, die man eigentlich verhindern wollte.

Anzeige

Wenn man nun sagt, wir hätten unser Energiesystem wegen „dem Klima“ so umstrukturiert oder, besser gesagt, zerstört, so lässt die folgende Grafik alle Jünger von Rio bis Sharm-el-Sheikh erschauern:



Mit 724 Gramm CO₂ pro erzeugter Kilowattstunde sind wir nach Polen Vizeeuropameister. Klimafreundlicher Ökostrom hilft nicht, wenn er nicht da ist.

Der Gedanke, wo wir heute mit den im Jahr 2011 noch laufenden 14 Kernkraftwerken hinsichtlich der Emissionen stehen würden, kommt denen, die täglich ihre Klimareligion ausleben, offensichtlich nicht.

Dabei sind wir derzeit noch ganz gut dran. Eine ähnliche Wetterlage am 30. November 2023 wird eine angespanntere Situation schaffen. Es stehen dann die letzten drei Kernkraftwerke nicht mehr zur Verfügung, auch nicht mehr die aus der Sicherheitsbereitschaft reaktivierten fünf Braunkohle-Kraftwerksblöcke. Dann muss noch mehr Gas verstromt werden, aber die Speicher werden nicht voll sein.

Für 2026 angekündigtes LNG aus Katar, mengenmäßig ohnehin unmaßgeblich, und ab 2030 importierter Wasserstoff werden im nächsten Winter nicht helfen. Im übernächsten auch nicht. Während die Ausweitung der deutschen Erdgasförderung angeblich zu lange dauern würde, ebenso die Bestellung neuer Brennstäbe für die Kernkraftwerke, sind die wolkigen Zukunftsversprechen von LNG und Wasserstoff ausreichend, die Regierung ruhig zu stellen.

Selten wurden an simplen und allgemein zugänglichen Zahlen der Ernst der Lage und die Unfähigkeit einer Regierung in Tateinheit mit dem Vermächtnis der vorherigen so deutlich. Politiker, denen nur die Hoffnungen auf die Sparsamkeit der Endkunden und auf einen milden Winter bleiben, wären aus Regierungen von Adenauer bis Schröder im großen Bogen

herausgeflogen. Stattdessen werden NGOs zu GOs gemacht und Lobbyisten im Staatsapparat beschäftigt. Die Dekadenz hat ein fortgeschrittenes Stadium erreicht.

Politik beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit. Das findet nicht statt. Wer mit alten Instrumenten ein neues Mindset der Energiewende sucht, kann auch gleich seinen Namen tanzen. Es hilft nicht. Auch nicht am 1. Dezember.

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier

Arm werden durch „Klimaschutz“ – Die Lunte am Strompreis

geschrieben von Admin | 5. Oktober 2023

Die Preisentwicklung an den Energiemärkten hat inzwischen beängstigende Formen angenommen. Wer bisher davor warnte, wurde beschuldigt, Dystopien (Endzeitstimmung) zu verbreiten. Der gegenwärtige Trend hingegen lässt befürchten, dass selbst große Pessimisten zu optimistisch waren.

von Frank Hennig

Die gegenwärtige Preisrallye im Energiegroßhandel führt in apokalyptische Höhen. Eine Verzehnfachung der Gaspreise wird von einer Verdreißigfachung der Strompreise im Großhandel begleitet. Während die Gaskunden bereits über drastisch erhöhte Vorauszahlungen belastet werden, brennt die Lunte am Strompreis noch ohne Wirkung auf die meisten Kunden. Stromversorger kaufen ihre Mengen ein bis drei Jahre im Voraus, das heißt, die jetzigen Haushalts-Strompreise bewegen sich auf dem Niveau aus dieser Zeit der Vergangenheit. Neukunden dagegen landen schon bei fast 60 Cent pro Kilowattstunde (Ct/kWh).

Am Spotmarkt werden derzeit Spitzenpreise von über einem Euro pro Kilowattstunde erzielt, eine Entspannung der Lage ist nicht absehbar. Für 2023 verzeichnet Reuters derzeit für das zweite und dritte Quartal 375 Euro pro Megawattstunde, das entspricht 37,5 Ct/kWh. Das war eine Momentaufnahme von Anfang August. Erfolgt die Preisbildung für die Endkunden nach jetzigem Muster und bleiben diese Komponenten im Wesentlichen unverändert, kommen über Stromsteuer, Umlagen und Abgaben etwa 13 Cent hinzu. Das Ganze, also auch die Stromsteuer, wird dann mit der Umsatzsteuer von 19 Prozent „veredelt“, so dass am Ende mindestens 60 Ct/kWh zu Buche schlagen werden.

Allerdings steigen absehbar sowohl die Netzentgelte durch die teuren Erdkabel der Nord-Süd-Verbindungen, die Offshore-Umlage durch die Umsetzung des „Osterpakets“ als auch die Bezugspreise durch die weitere politisch gewollte Verknappung der CO₂-Zertifikate, global steigende Öl- und Gaspreise, die galoppierende Inflation und Investitionen in zu reaktivierende konventionelle Kraftwerke. Mithin sind die 60 Cent eine freundliche untere Schätzung.

Die Lunte am Strompreis droht auch sozialen Sprengstoff zu entzünden. In den vergangenen Jahren wurde 300.000 bis 340.000 Haushalten jährlich der Strom abgestellt, weil sie ihre Rechnungen nicht bezahlen konnten. Diese Zahl könnte in die Millionen gehen. Mit Ratenzahlungen ist dann nichts zu retten. Wird die – völlig berechnigte – soziale Forderung umgesetzt, dass niemandem der lebenswichtige Saft abgedreht werden darf, geraten Versorger und Stadtwerke in Insolvenzgefahr und müssen staatlich gerettet werden. Dann sitzen neben Energieriesen wie Uniper und Enercon zahlreiche kleine Versorger und kommunale Betriebe im Rettungsboot, das über Staatsgeld erst aufgeblasen werden muss. Ob dann die Steuern für „reiche“ Normalverdiener steigen oder sich in der Besenkammer des Finanzministeriums noch ein Stapel „Sondervermögen“ findet, ist für den folgenden wirtschaftlichen Niedergang relativ unerheblich.

Primäre Ursache des Desasters ist die Marktverzerrung durch eine nachhaltige Schwächung der Angebotsseite, insbesondere durch die deutsche Abschaltspolitik. Dazu kommen extrem gestiegene Gaspreise, steigende Preise für CO₂-Zertifikate, steigende Preise für Steinkohle, Unklarheiten zur künftigen Verfügbarkeit französischer Kernkraftwerke.

Eine „Übergewinnsteuer“ soll die Rettung sein. Man sollte mit dem Nächstliegenden beginnen und die Übergewinne der Wind- und Solarbetreiber einkassieren, eine Differenzbesteuerung nach britischem Vorbild einführen. Jahrzehntlang wurden sie über ein sehr auskömmliches Umlageniveau abgesichert, die gegenwärtigen Windfall-Profite dürfen sie ungeschmälert einstecken. Schon aus Gründen der Gerechtigkeit gehört der die Umlage übersteigende Gewinn abgeschöpft, um die Verbraucher zu entlasten. Desgleichen ist das inzwischen 17 Milliarden Euro schwere EEG-Umlagekonto aufzulösen und zur Entlastung der Stromkunden einzusetzen. Der Ansatz, mit diesem Geld wiederum die EE-Branche vor steigenden Herstellungskosten der Anlagen zu schützen, ist verfehlt. In der gegenwärtigen Energiekrise wird das Komplettversagen der „Erneuerbaren“, insbesondere von Wind- und Solarstrom, deutlich. Ihr Beitrag zur Versorgungssicherheit ist vernachlässigbar. Deutsche Spitzenpolitiker reisen nicht nach Katar, Japan und Kanada, um die Lieferung von Wind- und Solaranlagen zu erbitten.

Was wäre nötig? Das Naheliegendste zuerst zu tun – Aufhören mit Abschalten. Mittel- und langfristig sind Entscheidungen zu treffen zur Rückkehr zu einem zeitgemäßen versorgungssichernden Energiemix aus sauberer Kohletechnologie, einer neuen Generation von Kernkraftwerken und der Nutzung einheimischer Energierohstoffe wie Erdgas und Braunkohle

unter modernen Förderbedingungen. Das macht unabhängig von den Weltmärkten. Wir müssen nicht nur über den nächsten und übernächsten Winter kommen, sondern auch darüber hinaus auskömmlich leben können. Nach über 20 Jahren Energiewende-Erfahrung sollte man wissen, dass es das dekarbonisierte grüne Paradies aus Sonnenkraft und bewegter Luft nicht geben wird.

Die bisherigen Energiestrategien – wenn man sie als solche überhaupt bezeichnen kann – mehrerer Bundesregierungen können als gescheitert zur Seite gelegt werden. Ihr einziges stupides Ziel, die Förderung von immer mehr Wind- und Solaranlagen, war systemisch falsch und half nur der entsprechenden Lobby, nicht dem Land.

Das Argument des „Klimaschutzes“ war vorgeschoben, hätte man es ernst genommen, wäre der Atomausstieg rückgängig gemacht worden. Wir sollten durchaus Emissionen senken, aber die CO₂-Senkung als politisches Oberziel zu installieren, ist irreführend. „Klimaschutz“ nach deutschem Rezept führt zu Armut. Man kann ihn nicht essen.

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier